Konstantina Vassiliou-Enz / Alice Lanzke / Daniel Bax

AM ANFANG IST DAS WORT

Die Autorinnen und der Autor sind Journalisten und vertreten den Verein Neue deutsche Medienmacher.

Das bevorzugte Feindbild von Rechtspopulisten ist eine angeblich grassierende "politische Korrektheit", die Menschen mit anderen Meinungen mundtot zu machen versuche. Nicht "politisch korrekt" zu sein, damit brüsten sich Rechtspopulisten in ganz Europa, von Marine Le Pen in Frankreich über Geert Wilders in den Niederlanden bis zu Heinz-Christian Strache von der FPÖ in Österreich. Auch Donald Trump hat seine Wahl zum US-Präsidenten 2016 nicht zuletzt damit gewonnen, dass er sich als wackerer Kämpfer für das freie Wort inszenierte - gegen eine politische Elite, die ihn angeblich davon abhalten wolle, die Wahrheit über den Zustand der USA zu sagen. Anders als "die Mainstream-Medien", die "Lügenpresse" und "das politische Establishment", dem sie vorwerfen, eine sinistre "Meinungsdiktatur" auszuüben, brüsten sich Rechtspopulisten gerne damit, als einzige weit und breit "Klartext" zu reden. Diese Pose dient ihnen gewöhnlich dazu, Vorurteile zu verbreiten und Ressentiments zu bedienen. Minderheiten zu diskriminieren und andere Menschen verbal herabzusetzen. Donald Trump hat es in diesem Fach zu wahrer Meisterschaft gebracht, und nicht zufällig nennt sich eine der größten antimuslimischen Hetzseiten im Internet "PI-News", wobei das PI für "politically incorrect" steht. Woraus im Umkehrschluss geschlossen werden kann, dass "politische Korrektheit" häufig nichts anderes ist als eine abschätzige Umschreibung

für altmodische Umgangsformen und Tugenden wie Anstand, Aufrichtigkeit, Respekt oder Höflichkeit, und dass es ein Beispiel für Klartext wäre, die Gegner einer angeblich übertriebenen "politischen Korrektheit" als das zu bezeichnen, was sie sind: als Rassisten und Menschenfeinde, die nicht nur verbale Gewalt ausüben.

Das Beispiel zeigt: Sprache und Begriffe sind nie neutral, und sie sind in den letzten Dekaden mehr denn je zu einem Schlachtfeld politischer Überzeugungen und Ideologen geworden. Die Neuen deutschen Medienmacher (NdM) sind ein 2009 gegründeter Verein von Medienschaffenden unterschiedlicher Herkunft - mit und ohne Einwanderungsgeschichte -, die sich für mehr Vielfalt in den Medien einsetzen, personell und thematisch.

Im November 2011 entschieden sie, sich erstmals in diese Schlacht zu werfen. Dabei ging es uns weniger um eine politische Positionierung, sondern vielmehr um sprachliche Genauigkeit - also letztlich um Fragen des journalistischen Handwerks und des professionellen Berufsethos von Journalisten.

Es war kurz nach dem Bekanntwerden der Neonazi-Mordserie des selbst ernannten "Nationalsozialistischen Untergrunds" (NSU), der über Jahre hinweg neun Menschen heimtückisch ermordet hatte. Doch selbst in der Tagesschau war in diesem Zusammenhang von "Döner-Morden" die Rede – als seien diesen Morden nicht Menschen, sondern Fastfood-Gerichte zum Opfer gefallen. So brachten die NdM ein Papier heraus, in dem sie erklärten, warum es nicht angemessen ist, von "Döner-Morden" zu sprechen, und weshalb man die Opfer auch nicht einfach als "Türken" bezeichnen sollte - schließlich waren auch deutsche Staatsbürger darunter -, sondern zum Beispiel als Kleinunternehmer überwiegend türkischer Herkunft. Außerdem stellten sie in Frage, das Motiv der Neonazis als "Fremdenfeindlichkeit" zu bezeichnen anstatt als Rassismus. Denn es waren ja keine "Fremden", die von den rechtsextremistischen Mördern getötet wurden, sondern in Deutschland ansässige und meist lange beheimatete Bürger, die einer rassistischen Ideologie ihrer Mörder zum Opfer fielen. Nur, weil sie in den Augen ihrer Mörder "Fremde" waren, müssen Journalisten es ihnen nicht gleich tun.

Die "Formulierungshilfen der Neuen deutschen Medienmacher für die Berichterstattung zur Neonazi-Mordserie" haben in vielen Redaktionen für Diskussionen gesorgt. Manche Kollegen fühlten sich bevormundet, andere setzten die Empfehlungen um, und viele waren einfach nur froh, endlich Rückendeckung für die eigene, kritische Betrachtung des journalistischen Sprachgebrauchs zu erhalten. In fast allen Fällen aber zeigte sich ein hoher Bedarf an Auseinandersetzung und an Orientierung. Denn bei allem Stress und allem Zeit- und Aktualitätsdruck im Mediengeschäft ist den meisten Journalistinnen und



Journalisten sehr wohl bewusst, dass sie Einfluss nehmen, Deutungsmacht haben und damit auch Verantwortung tragen. Durch ihre Wahl der Themen, der Geschichten, der Perspektiven und nicht zuletzt durch ihre Wortwahl geben sie dem Publikum und ihren Lesern eine Richtung vor, mit der diese die Welt sehen.

JOURNALISTEN HABEN DEUTUNGSMACHT

Das ist kein unbestimmtes Gefühl: Es gibt zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen, die dies belegen. So hat die in den USA forschende Psychologin Lera Boroditsky 2011 in einem Experiment¹ an der Stanford University nachgewiesen, wie viel Gewicht ein einziges Wort in einem journalistischen Text hat. Sie legte zwei Gruppen von Probanden je einen kurzen Bericht vor, in dem es um die rapide steigende Kriminalität in einer fiktiven amerikanischen Stadt ging. Anschließend sollten Lösungen für das Problem gefunden werden. Beide Texte waren fast gleich, es gab nur einen Unterschied: In dem einem Text wurde die Kriminalität in der Stadt als "Virus" beschrieben, im dem anderen wurde sie mit einer "Bestie" verglichen.

Die Lösungsvorschläge der Probanden, die den Virus-Text gelesen hatten, waren vor allem präventiv ausgerichtet: Sie plädierten für Bildungsprogramme und Armutsbekämpfung. Die zweite Gruppe, die im Bericht die Metapher von der Bestie gelesen hatte, wollte dagegen mehrheitlich repressiv vorgehen - sie forderte strengere Gesetze und höhere Gefängnisstrafen. Besonders bemerkenswert waren die Begründungen dafür: Beide Gruppen rechtfertigten ihre Vorschläge mit den Zahlen und Statistiken aus dem Bericht - dabei waren es in beiden Texten exakt dieselben. Sprache wirkt eben unbewusst.

Einzelne Wörter können entscheiden

Wie einzelne Wörter zu Unterschieden in der Wahrnehmung führen können, zeigte sich auch in der Berichterstattung zur Asyldebatte des Jahres 2016. Das Schlagwort von der "Flüchtlingskrise" wurde oft verwendet. Was es aussagt, liegt auf der Hand: Aufgrund von geflüchteten Menschen gibt es eine Krise. Wird das Leitwort hinterfragt, kann sich ein ganz anderes Bild ergeben. Denn gemessen an der Zahl von rund 60 Millionen Menschen, die derzeit weltweit auf der Flucht sind, stellen die maximal eine Million Menschen, die 2016 nach Deutschland gekommen sind, genau genommen nicht viel dar. Es schafft Probleme und ist eine Herausforderung – aber ist es eine Krise? Und wenn ja, sind eine Million Geflüchtete in einem Land mit 81 Millionen Einwohnern die Ursache dafür? Oder ließe sich nicht ebenso gut sagen, dass der deutsche Staat versagt, weil er sich nur ungenügend auf dieses Szenario vorbereitet hat und Gesetze und Strukturen dafür unzureichend sind? In diesem Fall müsste man nicht von "Flüchtlingskrise" sprechen, sondern vielleicht von einer "Asylgesetzkrise" oder, neutraler, schlicht von "Asylpolitik". Es würde ja auch niemand auf die Idee kommen, eine Debatte um fehlende Kindergartenplätze für Kleinkinder mit dem Schlagwort "Kleinkinderkrise" zu überschreiben. Eltern würden womöglich auf die Barrikaden gehen: Verständlich, denn sie haben ein verbrieftes Recht auf Kinderbetreuung. Das Recht auf Asyl ist in Deutschland allerdings auch gesetzlich verbürgt. Trotzdem redet man hier häufig unhinterfragt von einer "Flüchtlingskrise".

MIGRATION UND INTEGRATION GELTEN ALS ALLTAGSTHEMEN

Fachwissen ist gefragt

Möglichst genau und kenntnisreich zu formulieren, ist für Journalisten, theoretisch gesehen, eine Selbstverständlichkeit. In der Praxis fällt es oft weniger leicht. Häufig müssen Journalisten vereinfachen und verkürzen und auf gängige Schlagwörter zurückgreifen. Mitunter fehlt ihnen die Zeit zur Recherche, teils auch der Zugang zu Minderheiten, über die sie schreiben, und in vielen Redaktionen mangelt es an Kolleginnen und Kollegen, die selbst aus Einwandererfamilien stammen. Dazu kommt, dass Migration und Integration vielen als Allerweltsthemen gelten, über die jeder etwas aus seiner persönlichen Perspektive beisteuern kann. Dabei ist auch hier Fachwissen gefragt, etwa, um die komplexe Einwanderungs- oder Asylgesetzgebung zu verstehen.



Im Glossar der Neuen deutschen Medienmacher findet man Formulierungshilfen zu Begriffen rund um das Thema Einwanderungsgesellschaft.

Gleichzeitig verändern sich (sprachliche) Diskurse beständig, und gerade auf diesem Gebiet sind Sprache und Begriffe ein hoch umkämpftes Terrain. Das wird deutlich, wenn Frauke Petry, die Vorsitzende der Alternative für Deutschland (AfD) behauptet, ihre Partei wolle den Begriff "völkisch" nunmehr positiv besetzen. Oder wenn die ARD ankündigt, sie werde die AfD künftig nicht mehr als "rechtspopulistisch" bezeichnen, denn diese Bezeichnung sei umstritten und eine solche Bewertung dieser Partei im Grunde überhaupt paternalistisch.

ES MANGELT AN JOURNALISTEN AUS EINWANDERERFAMILIEN

Dabei warnen Sprachwissenschaftler wie Anatol Stefanowitsch oder die Sprach- und Kognitionsforscherin Elisabeth Wehling davor, dass das ideologische Vokabular und der Jargon der Rechten zunehmend auch von etablierten Medien und Journalisten übernommen werde. Ein Wort wie "Überfremdung", das aus dem NS-Sprachgebrauch stamme, finde auch Eingang in den etablierten Mediendiskurs – zunächst mit, dann ohne Anführungszeichen. Das führe "dazu, dass dieser Begriff quasi als normal gilt", sagte Stefa-

nowitsch dem NDR-Medienmagazin ZAPP. Dadurch werde "das, was sagbar ist, immer weiter ins Extreme verschoben".²

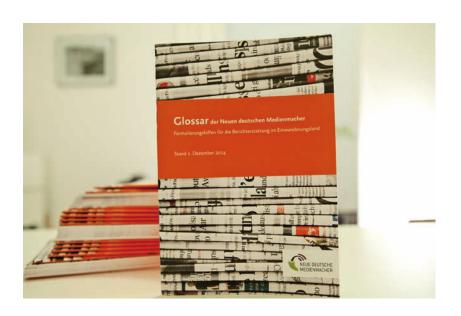
DAS SAGBARE WIRD INS EXTREME VERSCHOBEN

Auch die Sprach- und Kognitionsforscherin Elisabeth Wehling weist darauf hin, dass mit jedem Wort im Gehirn bestimmte Deutungsrahmen aktiviert werden – dieser Prozess wird "Framing" genannt. Und dieser Deutungsrahmen gibt vor, wie eine Sache zu sehen ist – und das mit einer bestimmten ideologischen Konnotation.³

Bei rechten Kampfbegriffen wie "Überfremdung", "Umvolkung", hinter dem eine regelrechte Verschwörungstheorie von einem im großen Stil geplanten "großen Austausch" steht, oder der Diffamierung von geflüchteten Menschen als "Invasoren" mag das recht offensichtlich sein, ebenso, wenn Rechtspopulisten ihre Gegner als "Altparteien" oder "Systempresse" schmähen.

Doch es gibt andere Worte aus der rechten Propagandakiste, die nicht als solche erkennbar sind. Während sich die Selbstbezeichnung als harmlose "Asylkritiker", wie die PegidaDemonstranten gerne gesehen werden wollten, nicht durchgesetzt hat, ist der Euphemismus "Islamkritik" weit verbreitet. Selbst die Pegida-Demonstranten oder der holländische Rechtspopulist Geert Wilders, der ein radikal antimuslimisches Programm verfolgt, wurden zumindest in der Anfangszeit von deutschen Nachrichtenagenturen, die die Wortwahl in den deutschen Medien entscheidend prägen, verharmlosend als "Islamkritiker" bezeichnet.

Weniger offensichtlich ist es auch, wenn die Fluchtbewegungen der jüngeren Zeit als "Flüchtlingsströme", "Einwanderungswelle" oder "Dammbruch" bezeichnet und damit in die Nähe von Naturkatastrophen gerückt werden. Oder, wenn auch seriöse Medien von "Masseneinwanderung" oder gar "Völkerwanderung" sprechen und damit den Eindruck einer historischen Zäsur, wenn nicht sogar eines Epochenwandels und "Zivilisationsbruchs" nahelegen. Von "Zivilisationsbruch" sprach nach den Silvesterereignissen von Köln sogar der sonst eher bedächtige Justizminister Heiko Maas (SPD). Mit dieser Chiffre war bis dahin gewöhnlich der Völkermord in den Todeslagern von Auschwitz bezeichnet worden, ein beredtes Beispiel für eine hysterische Entgleisung.



Auch etablierte Parteien greifen auf ideologisch gefärbte Kampfbegriffe zurück, wenn sie ein politisches Ziel verfolgen. Die Rede vom "Burka-Verbot" dient dazu, das Verbot des ohnehin ungeliebten Ganzkörperschleiers, den manche muslimische Frauen tragen, zu propagieren. Indem man ihn pauschal mit der afghanischen Burka gleichsetzt, die den Frauen dort von den Taliban während ihrer Herrschaft aufgezwungen wurde, legt man die Vorstellung einer Freiheitsberaubung nahe.

Ähnliches gilt für die Debatte um so genannte "Kinder-Ehen". Tatsache ist, dass es unter den geflüchteten Menschen, die in der vergangenen Zeit nach Deutschland kamen, auch einige gibt, die in ihrem Herkunftsland bereits in einem Alter geheiratet haben oder verheiratet wurden, in dem man in Deutschland noch nicht als heiratsfähig gilt - also mit 17 oder 16 Jahren, machmal sogar mit 15, 14 oder 13. Nicht selten geschah das, weil man sich davon auch einen Schutz für die Mädchen auf ihrer Flucht versprach.

Korrekterweise sollte man hier allerdings von Teenagerehen sprechen. Denn sonst müsste man aufgrund der Tatsache, dass die Bundeswehr auch 16- und 17-Jährige ausbildet und an der Waffe trainiert, davon sprechen, dass die

Bundeswehr "Kindersoldaten" rekrutiert. In der Tat sprechen aber nur die erklärten Gegner dieser Praxis in diesem Zusammenhang von "Kindersoldaten".

SPRACHLICHE VERÄNDERUNGEN SIND **EIN PROZESS**

Aber auch vermeintlich neutrale Begriffe sind nicht immer unproblematisch, wie der Begriff "Migrationshintergrund" deutlich macht. Zunächst war die Formulierung vor allem in der Verwaltungs- und Wissenschaftssprache gebräuchlich, doch durch vermehrte Einbürgerungen und das erneuerte Staatsangehörigkeitsrecht von 2000 fand sie mehr und mehr Eingang auch in die Umgangssprache. Heutzutage wird der Begriff "Migrationshintergrund" von manchen wiederum als stigmatisierend empfunden und von einigen mit einem distanzierenden "sogenannten" versehen, weil sie sich selbst in erster Linie als Deutsche verstehen. Sprachliche Veränderungen sind eben ein Prozess: Begriffe verschwinden nach und nach aus dem Sprachgebrauch oder etablieren sich erst nach einer bestimmten Zeit.

All diese Gründe haben die Neuen deutschen Medienmacher dazu bewogen, Journalisten und Medienschaffenden ein Angebot an Information und zur Reflektion zu machen. Zusammen mit Wissenschaftlern und weiteren Fachleuten erarbeiteten NdM-JournalistInnen ein "Glossar mit Formulierungshilfen für die Berichterstattung im Einwanderungsland".4

Ein erster Entwurf

Einen entscheidenden Impuls dafür gab die Arbeitstagung "Neue Begriffe für die Einwanderungsgesellschaft", die am 29. und 30. April 2013 mit Unterstützung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) von den Neuen deutschen Medienmachern veranstaltet wurde. Ein Grundgedanke war, dass, wenn es um Bezeichnungen und Benennungen von Gruppen bzw. Minderheiten geht, diese dabei selbst auch zu Wort kommen sollten. Entsprechend breit luden die NdM Vertreterinnen und Vertreter aus Medien, Verwaltung, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik ein. In fünf Panels wurde jeweils nach einem fachlichen Input diskutiert und gestritten. Moderiert wurden die Arbeitsgruppen von Mitgliedern der NdM, welche die Ergebnisse aus dem jeweiligen Workshop schriftlich festhielten und damit gleichzeitig die Basis für den ersten Entwurf des Glossars schufen.



Selbstversuch: Diese jungen Leute sind Ausländer, Türken und Araber, Jugendliche aus Einwandererfamilien, Mitglieder einer Streetgang, geduldete Asylsuchende, von der Essener Initiative "Engagierte Jungs" nominiert für den Ehrenamtspreis "Essens Beste". Alles trifft zu, aber jede der Beschreibungen wirft einen anderen Blickwinkel auf die Gruppe.

Bei dieser Tagung war besonders der Begriff "Migrationshintergrund" Gegenstand zahlreicher Diskussionen. Er klingt für viele, die er beschreibt, nicht positiv oder neutral, sondern eher als das Merkmal einer Problemgruppe. Das resultiert nicht zuletzt aus der Tatsache, dass zumeist in problematischen Zusammenhängen vom Migrationshintergrund die Rede ist, etwa in Debatten um Kriminalität, gescheiterte Integration, mangelnde Bildungschancen oder sozial benachteiligte Menschen aus Einwandererfamilien. Einen weiteren Aspekt brachte die Journalistin und Schriftstellerin Jagoda Marinić in ihrer Rede zur Eröffnung des Workshops ein: "Besonders klebrig haftet dieser Migrationshintergrund an jener Generation, die nie eingewandert ist und von denen sich einige weigern, einen anderen Hintergrund zu haben, als den, in dem sie geboren sind."

Unter den Titeln "Wer sind wir, wer sind die anderen?", "Migration und Integration", "Islam in den Medien", "Kriminalität und Straftaten" sowie "Rassismus" wurde anschließend intensiv über strittige und problematische Begriffe diskutiert. Der vergleichbar harmlos klingende Begriff "Passdeutsche" etwa wird oft nicht in böser Absicht verwendet. Allerdings sollte man wissen, dass er aus dem Vokabular von Rechtsextremen stammt und etwa in den Texten der NPD verwendet wird, die damit impliziert, dass "Passdeutsche" keine "richtigen" Deutschen seien, um eingebürgerte Menschen abzuwerten.

Ein weiteres Beispiel ist der Begriff "Ehrenmord", der seit einigen Jahren in vielen Medienberichten auftaucht, um schwere Gewaltverbrechen zu beschreiben, die in häufig muslimisch geprägten Familien an Frauen oder Mädchen verübt wurden. Sinnvoller wäre es, so der Konsens beim Workshop, neutraler von einem "Frauenmord" zu sprechen oder zu schreiben, da dieser Begriff die Betroffenen und die Tat in den Fokus rückt. Weil allerdings nicht nur Frauen von solchen Taten betroffen sind, floss in der späteren Erarbeitung des Glossars unter anderem noch die alternative Formulierung "Mord im Namen einer vermeintlichen Ehre" ein. Je nach Motiv werden aber auch die für vergleichbare Taten in einem anderen Umfeld geläufigen Bezeichnungen "Familiendrama" oder "Beziehungstat" vorgeschlagen.

Die zweitägige Veranstaltung gab in vielen Bereichen wertvolle Impulse für die konkrete Arbeit am Glossar. Weitere Anregungen entstanden aus einer "Denkfabrik für Diversity", die im Juni 2014 von den NdM u.a. in Kooperation mit dem Heidelberger Interkulturellen Zentrum organisiert wurde. Hier ging es explizit darum, Alternativen für den von vielen ungeliebten Begriff "Migrationshintergrund" zu finden. Die Ergebnisse des Diversity-Tages wurden direkt in das Glossar aufgenommen. Zu den Alternativbegriffen gehören etwa "Diverskulturelle" (abgekürzt: Dikulturelle) oder "Menschen mit internationaler Geschichte".

Mithilfe dieses vielfältigen Inputs und viel ehrenamtlicher Arbeit entstand auf diese Weise die erste Auflage des Glossars mit fünf Kapiteln zu unterschiedlichen, für die Einwanderungsgesellschaft relevanten Themenbereichen:

- Wer sind "wir", wer sind "die Anderen"?
- Migration
- Kriminalitätsberichterstattung
- Islam
- Asyl

Das erste Kapitel erstellten die Neuen deutschen Medienmacher als Spracharbeiter mit Migrationsgeschichte und Betroffene selbst, die anderen Kapitel wurden in intensivem Austausch mit Wissenschaftlern und Migranten-Selbstorganisationen angefertigt. Ein Beispiel dafür: Die Erklärung zum Begriff "Fundamentalist" aus dem Kapitel "Islam" entstand in enger Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Werner Nell, der die entsprechende Definition für die Brockhaus-Enzyklopädie geschrieben hatte. Das Ergebnis des ständigen Austauschs:

|| Fundamentalist _ stammt aus der Geschichte der christlichen Kirchen und bezeichnete Angehörige einer Strömung im Protestantismus der USA Anfang des 20. Jahrhunderts. Inzwischen wird der Begriff auch im politischen Kontext benutzt. Die Frage, ob der Begriff auf bestimmte Strömungen und Haltungen im Islam anwendbar ist, ist umstritten. Alternativ kann man auf Formulierungen zurückgreifen wie rückwärtsgewandte oder konbige Muslime oder altherkömmlich

An diesem Beispiel zeigt sich die Struktur des Glossars: Dem jeweiligen Begriff wird eine kurze Erklärung nachgestellt, welche die Problematik erläutert. Gegebenenfalls finden sich im Anschluss empfehlenswerte Alternativbegriffe. So kann im Glossar etwa nachgeschlagen werden, was der Unterschied zwischen Zuwanderern und Einwanderern ist, weshalb "mutmaßliche Islamisten" nicht dasselbe sind wie

"Terrorverdächtige", dass Asyl und Flüchtlingsschutz keine Synonyme sind, ebenso wenig wie Antisemitismus und Antijudaismus. Man erfährt, woran Burka, Niqab oder Tschador zu erkennen sind, wann die Adjektive "islamisch" und wann "muslimisch" sprachlich angemessener sind oder was genau eigentlich der Begriff "postmigrantisch" bezeichnet. Weit mehr als zweihundert Wörter werden aufgeführt und ebenso viele Alternativbegriffe rund um Themen der Einwanderungsgesellschaft vorgeschlagen alles in journalistisch brauchbarer Sprache und in kurzer Form, als Hilfestellung und schnelle Recherchequelle im Redaktionsalltag und als Plädoyer, sensibel mit Sprache umzugehen.

DAS GLOSSAR IST EIN PLÄDOYER FÜR EINEN SENSIBLEN UMGANG MIT SPRACHE

Das Glossar im fortlaufenden Wandel

Die erste Auflage des Glossars wurde direkt nach ihrem Erscheinen bei der ersten Bundeskonferenz der Neuen deutschen Medienmacher im Jahr 2014 zur Diskussion gestellt: Die anwesenden Kolleginnen und Kollegen gaben intensives Feedback, das wiederum in die zweite Auflage einfloss. Diese Arbeitsweise trägt der Tatsache Rechnung, dass das Glossar Teil eines sich ständig verändernden Diskurses ist. Wie wir sprechen, wer sich zu Wort meldet und welche Bedeutung einzelne Begriffe haben, ist einem fortlaufenden Wandel unterzogen. Kurz gesagt: Begriffe ändern sich - und das Glossar dadurch auch.

Das zeigt etwa der Begriff "Neue Deutsche". In der ersten Auflage des Glossars von 2014 wurde er noch so erklärt:

| | Neue Deutsche _ taucht immer häufiger auf, hat sich aber noch nicht als Synonym für | | Menschen mit Migrationshintergrund etabliert. Kritiker stört der Gegensatz: Alte Deutsche wirke negativ. Als Selbstbeschreibung steht der Begriff für den Anspruch auf Zugehörigkeit.

In der aktuellen Ausgabe wird der Begriff mittlerweile so definiert:

| | Neue Deutsche _ taucht immer häufiger auf und wird unterschiedlich verwendet: Manche gebrauchen den Begriff synonym für || Menschen mit Migrationshintergrund. Als Selbstbezeichnung von | | Menschen aus Einwandererfamilien soll er den Anspruch auf Zugehörigkeit deutlich machen. Der Begriff kann aber auch für eine Haltung stehen statt für eine herkunftsbezogene Kategorisierung: Zu den Neuen Deutschen zählen dann alle Menschen (mit und ohne Migrationshintergrund), die positiv zur Pluralisierung der Gesellschaft stehen.

Die aktualisierte Erläuterung trägt der Tatsache Rechnung, dass sich beim Begriff der "Neuen Deutschen" ein Bedeutungswandel vollzogen hat: Er wird mittlerweile überwiegend positiv gesehen und

|| Asylbewerber

sind juristisch gesehen Personen, die einen Antrag auf Anerkennung als politisch Verfolgte gestellt haben, deren Verfahren beim Bundesamt für Migration und ||Flüchtlinge aber noch nicht abgeschlossen sind. Bis zum Antrag gilt man für die Behörden als »Asylbegehrender« oder | Asylsuchender. Allerdings ist der Begriff »Asylbewerber« irreführend, weil ein Grundrecht auf Asyl besteht; Menschen bewerben sich nicht um Grundrechte, sie haben sie einfach. Alternative Begriffe: ||Geflüchtete oder Schutzsuchende.

Weiterführende Begriffe: || Asylsuchende, || Asyl- und Flüchtlingsschutz, || Flüchtlinge, || Geflüchtete

Thema: Flucht und Asyl

| | Begriff mit Erläuterung empfohlener Begriff (Auszug aus dem Glossar)

kann ebenso Menschen einschließen, die auch ohne Migrationsgeschichte für eine vielfältige Gesellschaft einstehen.

Gut informierte Entscheidungen treffen

Im Dezember 2016 erschien die nunmehr 5. Auflage der kostenfreien Broschüre. Seit der ersten Auflage wurde sie um Kapitel zu "Jüdinnen und Juden" sowie "Sinti und Roma" ergänzt, so dass sich in mittlerweile sieben Kapiteln gängige und ganz neue Bezeichnungen für Minderheiten in Deutschland und auch für die Mehrheit finden. Zusätzlich gibt es seit 2015 eine interaktive Onlineversion mit praktischer Suchfunktion. Es versteht sich von selbst, dass damit niemandem Vorschriften gemacht werden sollen. Die Hinweise und Erläuterungen von Journalistinnen/Journalisten für Journalistinnen/Journalisten dienen nur dazu, auf dieser Grundlage gut informierte Entscheidungen für oder gegen eine bestimmte Formulierung zu treffen - und das in einer Sprache, die in der Öffentlichkeit und insbesondere im Journalismus genutzt werden kann. Dabei ist die Sichtweise der Betroffenen bzw. deren Interessengruppen einzubeziehen - nicht mehr, aber auch nicht weniger. In ihrer Entscheidung bleiben Journalisten selbstverständlich weiter frei.

Das Glossar kommt an: Bei Erscheinen im November 2014 war die Broschüre sofort vergriffen, zahlreiche Redaktionen und freie Kollegen haben es sich als praktische Hilfe für den redaktionellen Alltag bestellt. Fast genauso oft wird das Heft von Behörden, Pressestellen, Schulen oder Universitäten nachgefragt. Einige Polizeidienststellen und das Landeskriminalamt in Baden-Württemberg arbeiten damit, und wenn Bundespräsident Gauck von "Menschen aus Einwandererfamilien" spricht, dann hat auch er vielleicht das Glossar gelesen: Es ist dort als Alternativbegriff aufgeführt, wenn man nicht vom abstrakt klingenden "Migrationshintergrund" sprechen will.

MIT DEM GLOSSAR WERDEN NIEMANDEM VORSCHRIFTEN **GEMACHT**

Immer öfter ist an der Wortwahl in Politik und Medien abzulesen, dass Deutschland sich zu einer multiethnischen Gesellschaft entwickelt. Sprache entfaltet und verändert sich damit. Und so, wie heute niemand mehr ernsthaft von "Fremdarbeitern" oder "Ausländern" spricht, wenn er Einwanderer meint, könnte morgen auch die gar nicht so alte, aber ebenfalls politisch konnotierte Wortschöpfung "Zuwanderer" überholt sein.

Anregung zur Auseinandersetzung

Eine Frage steht bei alledem immer im Raum und in jüngster Zeit mehr denn je: Liefert so ein Appell für eine diskriminierungsfreie Sprache in der Berichterstattung nicht eine Steilvorlage für all diejenigen, die den Medien Manipulation vorwerfen und den unsäglichen Begriff der "Lügenpresse" verwenden? Ia. das kann sein. Aber was wäre die Alternative? Ein Journalist, der statt von "Ausländern" faktengetreuer von "Einwanderern" schreibt, der nicht von "Flüchtlingsströmen" berichtet, sondern konkrete Zahlen nennt, der nicht von "Farbigen" spricht, sondern von "Schwarzen", oder für den Mehmet K. nicht in erster Linie "Türke", sondern erst mal ein Berliner ist, der lügt nicht. Er hat nur im Kopf, dass Berliner viele Namen und Biografien haben, dass Minderheiten ein Recht haben, ihre Selbstbezeichnung selbst zu wählen, und dass Menschen auf der Flucht nicht wie Naturgewalten über ein Land kommen, sondern dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, das auch mit dieser Herausforderung zurechtkommen wird.

Es wäre falsch zu unterstellen, dass Medienschaffende dadurch eine gesellschaftliche Debatte unterdrücken würden. Und es wäre fatal.

|| Asyl- und Flüchtlingsschutz

sind keine Synonyme, sondern unterschiedliche rechtliche Schutzformen. Einen Anspruch auf Asyl haben nur politisch verfolgte ||Geflüchtete in Deutschland, gemäß Art. 16a im Grundgesetz. Der ||Flüchtlingsschutz dagegen wird nach der ||Genfer Flüchtlingskonvention gewährt. Außerdem gibt es auch || Abschiebungsverbote auf Grundlage der Antifolterkonvention der Vereinten Nationen, der Europäischen Menschenrechtskonvention und anderer internationaler Abkommen.

Weiterführende Begriffe: | Asylsuchende, | Asylbewerber, | Geflüchtete, | Bleiberecht, | Duldung, || Flüchtlinge, || Geschützte Personen

Thema: Flucht und Asyl

| | Auszug aus dem Glossarkapitel "Flucht und Asyl"

wenn Journalisten solchen Vorwürfen von interessierter Seite nachgeben und ihre Arbeit danach ausrichten würden. Es würde diesen Stimmen ein unangemessenes Gewicht verleihen.

SPRACHE SPIEGELT **GESELLSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG WIDER**

Die heftigste Kritik am Glossar war aus den sozialen Online-Medien zu vernehmen, fast immer wurde der Vorwurf einer vermeintlichen "Zensur" erhoben. Eine Minderheit wolle der Mehrheit ihre Wortwahl diktieren oder, wie es in einem Beitrag hieß, "den gehirngewaschenen Meinungsmedienschmierfinken noch mehr Multikulti in den Hintern blasen". Per "Verbal-Inquisition" würden die Neuen deutschen Medienmacher "am Genozid Deutschlands arbeiten", war an anderer Stelle zu lesen. Dass die Formulierungstipps der Neuen Deutschen Medienmacher eine akute Bedrohung darstellen, dieser Vorwurf wird aber bloß von Leuten erhoben, die das Glossar nie gelesen haben und, ihrer Schreibe nach zu urteilen, auch gar keine Journalisten sind.

Unter Kolleginnen und Kollegen werden die Vorschläge dagegen überwiegend positiv aufgenommen und als Denkanstöße verstanden. Natürlich gibt es auch strittige Punkte. Wenn im Glossar etwa vorgeschlagen wird, die Bezeichnung "Deutsche ohne Migrationshintergrund" zu erwägen, weil andere ja auch als Menschen mit Migrationshintergrund bezeichnet werden, dann schmeckt das nicht allen und wird auch eher selten in den journalistischen Alltag einfließen. Viele empfinden diesen spielerischen Umgang mit Identitätsfragen aber auch als entkrampfend und ideenstiftend. Denn wer heutzutage von Deutschen schreibt oder spricht, kann auch all jene mitdenken, die keine "typisch deutsche" Familiengeschichte haben, was immer das ist.

Anmerkungen

- ¹ <http://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone. 0016782>
- Zitiert nach: Ebner, Caroline: Gefährliche Übernahme: Rechte Sprache in den Medien. In: <www.ndr.de/fernsehen/sendungen/zapp/Gefaehrliche-Uebernahme-Rechte-Sprache-in-Medien-,sprache164.html>.
- Wehling, Elisabeth: Politisches Framing: Wie sich eine Nation ihr Denken einredet - und daraus Politik macht. Verlag Herbert von Halem, Köln 2016.
- 4 <www.neuemedienmacher.de/wissen/wording-glossar/>

Bildnachweise

S. 30, 31, 32, 34 und 35: Neue deutsche Medienmacher

Hinweise

Medienschaffende können Print-Form des Glossars kostenfrei per E-Mail an <info@neuemedienmacher.de> bestellen. Die Online-Version findet sich zudem unter http://glossar.neuemedienmacher.

Teile des Artikels wurden bereits in dem Beitrag "Was ist eine angemessene Sprache für eine vielfältige Gesellschaft?" von Konstantina Vassiliou-Enz, am 6.11.2015 im Tagesspiegel veröffentlicht.